

Protokoll 104. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 8. Juni 2016, 17.00 Uhr bis 21.11 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Guido Hüni (GLP), Kurt Hüssy (SVP), Mario Mariani (CVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2014/134](#) RPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Martin Bürlimann (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018
3. [2016/175](#) * Weisung vom 25.05.2016: STP
Kultur, Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft (SIK-ISEA), Beiträge 2017–2020
4. [2016/176](#) * Weisung vom 25.05.2016: STP
Kultur, Theater HORA – Stiftung Züriwerk, Beiträge 2017–2020
5. [2016/177](#) * Weisung vom 25.05.2016: VIB
Elektrizitätswerk, Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Kapitalisierung Projektgesellschaft Limmat Energie AG, Objektkredit, Abschreibung Postulat und Motion
6. [2016/178](#) * E Postulat von Marcel Müller (FDP), Marc Schlieper (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 25.05.2016: VTE
Umzonung der Familiengärten als Folge des Baus der Eishockey- und Sportarena, Gewährung der Wahlfreiheit zwischen Gemeinschaftsgarten und eigenem Familiengarten für die jetzigen Familiengartenpächter
7. [2016/179](#) * E Postulat von Adrian Gautschi (GLP) und Guido Trevisan (GLP) vom 25.05.2016: STP
Prüfung und allfällige Auflösung der bestehenden Städtepartnerschaften
8. [2016/80](#) Weisung vom 16.03.2016: VS
Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2015

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|------------|
| 9. | 2016/68 | Weisung vom 09.03.2016: Finanzverwaltung, Rechnung 2015, Genehmigung | FV |
| 10. | 2016/59 | Weisung vom 02.03.2016: Sozialdepartement, nachträgliche Kenntnisnahme des Global- budgets 2016 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) | VS |
| 11. | 2015/393 | Weisung vom 09.12.2015: Immobilien Stadt Zürich, Miete und Ausbau des 3. Oberge- schosses des Geschäftshauses Räffelstrasse 12, Quartier Binz, für das Schulungszentrum Gesundheit SGZ, Objektkredit und Genehmigung des Mietvertrags | VHB VGU |
| 12. | 2016/75 | Weisung vom 16.03.2016: Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaft Emil-Klöti-Strasse 14–18, Umnutzung und Ausbauten für die Suchtbehandlung Frankental, Objektkredit | VHB VGU |
| 13. | 2016/23 | Weisung vom 20.01.2016: Kultur, Association «Quartz» Genève Zürich (Schweizer Film- preis und «Woche der Nominierten»), Beiträge 2017–2020 | STP |
| 14. | 2016/33 | Weisung vom 27.01.2016: Präsidialdepartement, einmaliger zusätzlicher Beitrag an den Verein Zürcher Volksfeste für das Züri Fäscht 2016 | STP |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

1969. 2016/178

Postulat von Marcel Müller (FDP), Marc Schlieper (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 25.05.2016:

Umzonung der Familiengärten als Folge des Baus der Eishockey- und Sportarena, Gewährung der Wahlfreiheit zwischen Gemeinschaftsgarten und eigenem Familiengarten für die jetzigen Familiengartenpächtern

Marcel Müller (FDP) beantragt die gemeinsame Behandlung mit der Weisung GR Nr. 2015/283, falls unter TOP 6 ein Ablehnungs- oder Textänderungsantrag gestellt wird.

Der Rat wird über den Antrag am 15. Juni 2016 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1970. 2016/197

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 08.06.2016:
Gewerbepolitik des Stadtrats**

Namens der SVP-Fraktion verliest Martin Götzl (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Existenzzug, bis zum bitteren Ende!

Regulierungen. Behinderungen. Städtische Auflagen. Unternehmerischer Freiheitsentzug. Verkehrsabbau. Parkplatzabbau. Steuern bezahlen. Gebührenwahn und Abgaben in die Stadtkasse abliefern. Das ist die gewerbefindliche Politik der rotgrünen Stadtregierung Zürichs.

In einem von zahlreichen Beispielen wird dies auf tragische Art und Weise ersichtlich. So aktuell an der Schaffhauserstrasse 520 in Seebach. Und für weitere Gewerbetreibende und Unternehmer in der Stadt Zürich ist dies während 365 Tagen im Jahr der Alltag und gleicht einer unternehmerischen Horrorfahrt mit ungewissem Ausgang und politisch rotgrünen, verantwortungsarmen Schulterzuckenden.

Stellen Sie sich vor, Sie sind einer von den über 35 Mitarbeiter/-innen eines motivierten Teams, das täglich rund um die Uhr Gäste beherbergt und im und über das Quartier hinaus Lebensmittel herstellt sowie verkauft. Ihre Arbeit bereitet Ihnen Erfüllung und Freude. Die zufriedene Kundschaft dankt es Ihnen über Jahrzehnte mit Treue. Und dann, von heute auf morgen ist nichts mehr so wie es war. Nach über 29 Jahren beziehungsweise nach über 57 Jahren, wenn man beide Generationen berücksichtigt, ist der existenzsichernde Arbeitsplatz plötzlich weg. So geschehen ist dies mit über 35 Mitarbeiter/-innen, die für insgesamt rund 150 Personen ein sicheres Einkommen garantieren. Fassungslosigkeit!

Weshalb? Unter der rotgrünen Stadtregierung, den linken Weltverbesserern und der damaligen grünen Verkehrsverantwortlichen Ruth Genner, wurden verkehrstechnische Akzente angeordnet. Jahrzehnte später werden die hinterlassenen Spuren sichtbar und fassbar. Einschneidende Konsequenzen sind das Resultat dieser jahrelangen Verhinderungspolitik.

Die Schaffhauserstrasse soll saniert und umgebaut werden. Das angesprochene Kleinunternehmen zeigte auf, wie sich die Umbauarbeiten auf Ihre Kundschaft und somit Ihre Existenz auswirken werde. Die Stadtregierung stellte sich taub. Es kam zu Einsprachen, Anwälte wurden herbeigezogen und die Stadtregierung stellte sich weiterhin taub. Heute haben sich sämtliche Szenarien, die das Unternehmen damals aufzeigte und bekämpfte, als bittere Wahrheit erwiesen.

In Fakten: Durch den von der Stadt initiierten Umbau der Schaffhauserstrasse muss das betroffene Unternehmen mit durchschnittlich 50 Prozent Umsatzeinbussen klar kommen. Nach einigen Monaten Durchhalten und dem Einsatz des Privatvermögens folgte das Worst Case-Szenario, der Konkurs!

Geschätzte Linke, Gute und Nette: Woche für Woche fordern Sie Ihre ideologischen Anliegen wie Parkplatzabbau, Verhinderung des MIV, usw. Damit sind Sie auf einem Raubzug und machen Gewerbetreibende zu Gejagten und Vertriebenen. Im aktuellen Fall sieht es danach aus, dass Sie 35 Rechtsschaffende und gut Steuerzahlende mit den Füßen aus der Stadt Zürich vertrieben haben. Wenn sie dies erreicht haben, zucken Sie mit Ihren Schultern und widmen sich wieder dem Alltag. Gleichzeitig fordern Sie mit Phantomvorstößen, wie die Bereitstellung von städtischen Ladenverkaufsflächen, Unterstützung für das Gewerbe, um damit letztendlich der städtischen Marktwirtschaft den Stecker auszuziehen.

Die SVP fordert den Stadtrat umgehend auf, den seit Jahren gewerbeunfreundlichen Kurs zu ändern. Es muss verhindert werden, dass weitere Arbeitsstellen verloren gehen und dass substanzielle Steuerzahler und innovative Gewerbetreibende von der Stadt wegziehen. In den letzten 10 Jahren sank das Pro-Kopf Steuereinkommen von bescheidenen 3'800.- Franken auf besorgniserregende 3'400.- Franken. Diesen Verlust hat der gebeutelte Mittelstand zu tragen. Rotgrün sei Dank!

G e s c h ä f t e

1971. 2014/134

RPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Martin Bürlimann (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018

Es wird mit Wirkung ab 8. Juni 2016 gewählt:

Peter Schick (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1972. 2016/175

**Weisung vom 25.05.2016:
Kultur, Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft (SIK-ISEA), Beiträge
2017–2020**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 6. Juni 2016

1973. 2016/176

**Weisung vom 25.05.2016:
Kultur, Theater HORA – Stiftung Züriwerk, Beiträge 2017–2020**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 6. Juni 2016

1974. 2016/177

**Weisung vom 25.05.2016:
Elektrizitätswerk, Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Kapitalisierung
Projektgesellschaft Limmat Energie AG, Objektkredit, Abschreibung Postulat und
Motion**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 6. Juni 2016

1975. 2016/178

**Postulat von Marcel Müller (FDP), Marc Schlieper (FDP) und 10 Mitunterzeichner-
den vom 25.05.2016:
Umzonung der Familiengärten als Folge des Baus der Eishockey- und Sportarena,
Gewährung der Wahlfreiheit zwischen Gemeinschaftsgarten und eigenem Fami-
liengarten für die jetzigen Familiengartenpächtern**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Karin Rykart Sutter (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1976. 2016/179

**Postulat von Adrian Gautschi (GLP) und Guido Trevisan (GLP) vom 25.05.2016:
Prüfung und allfällige Auflösung der bestehenden Städtepartnerschaften**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Karin Rykart Sutter (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1977. 2016/80

Weisung vom 16.03.2016:

Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2015

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht 2015 der Asyl-Organisation Zürich wird gemäss Art. 6 Ziff. 3 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 genehmigt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Maleica Landolt (GLP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Maleica Landolt (GLP), Referentin; Vizepräsidentin Christine Seidler (SP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Corinne Schäfli (AL), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP) |
| Minderheit: | Stefan Urech (SVP), Referent; Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Geschäftsbericht 2015 der Asyl-Organisation Zürich wird gemäss Art. 6 Ziff. 3 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. Juni 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1978. 2016/68

Weisung vom 09.03.2016:

Finanzverwaltung, Rechnung 2015, Genehmigung

Antrag des Stadtrats

1. Die Rechnung 2015 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die zweckgebundene Übertragung nicht beanspruchter Mittel von Fr. 48 800.– für die Produktegruppe 1 (Sammlungen und Ausstellungen) des Museums Rietberg auf die Rechnung 2016 wird bewilligt.

3. Die Rechnung 2015 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 496 839.91 wird genehmigt.
4. Die Rechnung 2015 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2015 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
6. Die Rechnung 2015 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
7. Die Rechnung 2015 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 30. Mai 2016

Eintretensdebatte:

Walter Angst (AL) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2015 vor.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1979/2016–1985/2016)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1979. 2016/198

Erklärung der SP-Fraktion vom 08.06.2016: Rechnung 2015

Namens der SP-Fraktion verliest Dr. Davy Graf (SP) folgende Fraktionserklärung:

Steuereinnahmen für alle statt Steuerreduktionen für wenige

Die Rechnung 2015 schliesst mit einem Plus von 9,7 Millionen Franken – im Vergleich zu einem Minus von knapp 144 Millionen Franken – sehr viel besser ab als im Budget vorgesehen. Das Eigenkapital betrug per Ende 2015 677 Millionen Franken, die Verschuldung konnte reduziert wurde.

Das im Vergleich zum Budget stark verbesserte Resultat, ist dank zusätzlichen Einnahmen, guten Abschlüssen der Gemeindebetriebe sowie einigen Sondereffekte zustande gekommen. Doch auch die Ausgaben sind teilweise rückläufig: Ein grosser Teil kann wiederum der Verwaltung gutgeschrieben werden: So sind Sachkonten nicht ausgeschöpft worden und die Arbeit von nicht besetzten Stellen wurden durch die MitarbeiterInnen geschultert. Dies trotz einer wachsenden Stadt, die insbesondere in der Pflege und in der Kinderbetreuung auf mehr Angestellte angewiesen ist.

Die Steuereinnahmen liegen zwar unter Budget, erreichen mit 2,6 Milliarden Franken aber einen weiteren Rekordwert. Die Stadt Zürich braucht dieses Geld, um wichtige Projekte zu finanzieren, denen die Stimmbewölkerung u.a. am letzten Wochenende mit klarem Mehr zugestimmt hat: Infrastruktur für Bildung und Wissenschaft, 2000-Watt-Gesellschaft. Noch steht unsere Stadt finanziell gut da, dies kann sich aber auch wieder ändern: Es drohen weitere Steuerausfälle vor allem aufgrund der Unternehmenssteuerreform III und dies bei nicht gerade rosigen Rahmenbedingungen wie dem starken Franken und der unsicheren Zukunft der Bilateralen. Die SP ist bereit, die Ausgaben kritisch zu hinterfragen. Wer aber die Wirtschaft einseitig nur mit Steuerreduktionen bedienen will, denkt zu kurz: Die fehlenden Mittel in den Gemeinden insbesondere den grossen Zentren wie Zürich verunmöglichen zeitgemässe staatliche Dienstleistungen, welche das Rückgrat unseres Erfolges sind.

1980. 2016/199**Erklärung der SVP-Fraktion vom 08.06.2016:
Rechnung 2015**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Den Klassenfeinden und der Börse sei Dank

Das Schlimmste scheint fürs Erste abgewendet. Die Rechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2015 schliesst mit einem Plus von 9.7 Millionen Franken, anstatt mit einem Defizit von 129.7 Millionen Franken, wie vom Gemeinderat im Dezember 2014 beschlossen. Das ist natürlich ganz im Sinne der SVP der Stadt Zürich, fordert sie doch seit Jahren mit Nachdruck und gegen den erbitterten Widerstand von Sozialisten, Kommunisten und Grünen zumindest ausgeglichene Budgets und Rechnungen.

Allerdings hinterlassen die vorgelegten Zahlen einen zwiespältigen Eindruck:

- Der Personalaufwand steigt unvermindert an und liegt nun brutto, also ohne Rückerstattungen von Versicherungsleistungen und Ausgleichskassen, bei 2.736 Milliarden (2'736'000'000) Franken. Interessant ist immerhin, dass das Gesundheits- und Umweltdepartement, das Hochbaudepartement und das Schuldepartement gegenüber dem Budget 2015 massive Einsparungen vorgenommen haben. Die SVP nimmt mit gemässigter Genugtuung zur Kenntnis, dass unsere nachdrücklichen Forderungen, welche vom sozialistisch-grün-kommunistisch beherrschten Parlament, unter Absingen wüster Lieder und dem Hinweis auf angeblichen Fachkräftemangel, prinzipiell und massiv zurückgewiesen wurden und werden und unter dem realen Druck der finanziellen Lage der Stadt Zürich mindestens teilweise umgesetzt wurden.
- Der Sachaufwand klettert jährlich im Stile eines Efeugewächses immer weiter empor. Allein zwischen 2014 und 2015 um 80 Millionen Franken, oder umgerechnet zusätzliche 5 Steuerprozent.
- Die Nettoinvestitionen liegen um 400 Millionen Franken unter Budget. Insbesondere im Bereich Energie und Windkraft wurde kräftig gestrichen. Stetige Investitionen wurden bisher von Rotgrün schon fast religiös als Wachstumstreiber gefordert, und nun fallen diese unter der Ägide des grünen Finanzvorstandes sogar hinter das Niveau während der Ära Vollenweider zurück.
- Die Steuereinnahmen bewegen sich mit 2.613 Milliarden Franken auf Rekordniveau. Dieses Ergebnis wird direkt von den Finanzinstituten beeinflusst, steigen doch die Steuern juristischer Personen gegenüber 2014 um satte 91.6 Millionen Franken an. Jene der natürlichen Personen liegen immerhin auch noch um 37 Millionen Franken höher als 2014. Die Grundstückgewinnsteuern bewegen sich, insbesondere aufgrund vieler Desinvestitionen der Banken, noch immer auf Rekordniveau. Während Jahren waren 90 – 100 Millionen Franken die Regel. Nun sind es 200 Millionen Franken in einem Bereich, wofür es eigentlich gar kein Geld geben sollte. Wenn es nach Sozialisten und Grünen in diesem Rat geht, dürfte es für Private gar keinen Grundbesitz geben. Damit würden allerdings eben auch die Steuern wegfallen. Und zu guter Letzt scheint es, als dass der Grenznutzen des massiven Zuzuges natürlicher Personen sehr begrenzt ist.
- Zusätzlich zu nicht budgetierten und auch nicht planbaren Steuererträgen konnte die Stadt Zürich auch 2015 im Budget nicht eingeplante Sondererträge verbuchen. So steuert die Bewertung der Aktien der Flughafen Zürich AG 63 Millionen Franken zur besseren Rechnung bei. An der Börse steigen die Aktien seit Jahren stets an, obwohl das Unternehmen von Grünen sowie vom Stadtrat teilweise juristisch bekämpft wird. Im Dezember 2014 rechnete der Finanzvorstand noch mit 35 Millionen Franken, budgetiert waren aber 0 Franken.
- Positiv bemerken wir, dass die Schulden fürs Erste nicht mehr ansteigen, sondern reduziert werden konnten. Damit wird auch endlich eine Forderung erfüllt, die die SVP seit Jahren als einzige Partei standhaft fordert.

Die SVP der Stadt Zürich stellt fest, dass das gegenüber Budget 2015 wesentlich bessere Jahresergebnis ausgerechnet auf den nicht planbaren Ertragsbeiträgen der Klassen- und Ökofeinde des rotgrünen Stadtrates und seiner Parteien fusst:

130 Millionen Franken der 140 Millionen Franken Verbesserung (Basis: das vom Gemeinderat genehmigte Budget 2015 ohne Nachtragskredite) werden durch Flughafen-Aktien und juristische Personen (vornehmlich Finanzinstitute) beigesteuert! Es zeigt sich also, dass sich der Kampf der SVP für einen starken und attraktiven Finanzplatz, für einen konkurrenzfähigen Flughafen und für einen starken Industrie- und Gewerbestandort auszahlt. Die Abhängigkeit der rotgrünen Stadt Zürich von ihren expliziten Feindbildern wurde nie offensichtlicher als heute. Es müssen Ihnen eigentlich die Tränen kommen, Genossinnen und Genossen.

Die SVP fordert deshalb mit mehr Nachdruck denn je, dass sich die Zürcher Stadtregierung endlich vehement auch öffentlich für den Finanzplatz und den Flughafen, für das Gewerbe und die Industrie einsetzt, und dass sie ihre Ausgaben massgeblich kürzt, in dem sie sich auf ihre Kernaufgaben beschränkt. Die Bruttoschulden von deutlich über 9 Milliarden Franken und der stete Ausbau beim Personal- und Sachaufwand

sind für die SVP solange inakzeptabel, als dass diese nur durch nicht planbare höhere Erträge aus Steuern und anderen Abgaben gedeckt werden können. Entsprechend ist das ausgeglichene Resultat nur scheinbar gut und deshalb abzulehnen.

1981. 2016/200
Erklärung der FDP-Fraktion vom 08.06.2016:
Rechnung 2015

Namens der FDP-Fraktion verliest Michael Baumer (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Sondereffekte sind keine nachhaltige Finanzpolitik

Erneut rekordhohe Steuereinnahme und Flughafenaktiengewinn sichern der Stadt Zürich ein positives Ergebnis

Die FDP nimmt die Rechnung 2015 mit einer schwarzen Null von 9.7 Millionen Franken zur Kenntnis. Dieses Ergebnis ist zwar besser als das budgetierte Defizit von 143.5 Millionen Franken, kommt aber auch 2015 nur dank Sondereffekten zustande.

So hat die Stadt Zürich auch 2015 deutlich weniger investiert als im Budget vorgesehen war. Anstelle der budgetierten Netto-Investitionen von 1076 Millionen Franken wurden nur 623 Millionen investiert. Damit reduzierten sich die Abschreibungen entsprechend. Der Gesamtaufwand sinkt zwar von 8.541 Milliarden Franken 2014 auf 8.446 Milliarden Franken 2015. Allerdings sind beispielsweise die tieferen Personalkosten auf nicht besetzte Stellen und die Kantonalisierung der Lehrkräfte im August 2015 zurückzuführen. Die spezielle Konstellation bei den Ausgaben wird sich nicht wiederholen und zeigt einmal mehr, dass der Stadtrat bei der Aufgabenüberprüfung im Projekt 17/0 seine Hausaufgaben nicht gemacht hat.

Auf der Einnahmenseite liegen die Steuereinnahmen mit 2.613 Milliarden Franken erneut auf Rekordhöhe. Die Entgelte und Abgaben fallen gegenüber dem Budget um 38.4 Millionen Franken höher aus. Die vom Bezirksrat vorgegebene Auflösung der Schwankungsreserve der Flughafenaktien spült mit 63.9 Millionen Franken einen gegenüber 2014 nochmals höheren Betrag in die Stadtkasse.

Die Nettoverschuldung beträgt noch immer 4.042 Milliarden Franken. Mit Genugtuung nimmt die FDP zur Kenntnis, dass der Stadtrat, wie von der FDP in der Budgetdebatte im Dezember 2014 gefordert, auf die Aufnahme von 500 Millionen Franken verzichtete. Doch auch mit einem leichten Rückgang der Verschuldung hat die Stadt noch nicht den Handlungsspielraum, der nötig wäre.

Somit sorgen letztlich Steuerzahler, Nutzer von Dienstleistungen und die Auflösung von Reserven für das vorliegende scheinbar bessere Ergebnis. Sondereffekte sind aber keine nachhaltige Finanzpolitik. Die Herausforderungen in den kommenden Jahren sind erheblich. Der Stadtrat weist selbst darauf hin, dass der Aufgaben- und Finanzplan grosse Fehlbeträge vorsieht. Für die FDP gibt es darum keinen Grund, von ihrer Finanzstrategie im Hinblick auf die kommenden Jahre abzuweichen, nämlich ein ausgeglichenes Budget ohne Sondereffekte, keinen weiteren Abbau des Eigenkapitals und eine echte Aufgabenüberprüfung zur Entlastung der gebeutelten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu verlangen. Ausgabensenkungen dürfen kein Tabu sein.

1982. 2016/201
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 08.06.2016:
Rechnung 2015

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Stadtfinanzen: Trotz Wachstum ein positives Ergebnis – Die Herausforderungen bleiben bestehen

Die Grünen nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die Rechnung 2015 der Stadt Zürich wiederum deutlich besser abgeschlossen hat als budgetiert, im 2015 sogar mit einem positiven Ergebnis von 10 Mio. Franken. Einmal mehr tragen rekordhohe Steuern zum guten Ergebnis bei. Zudem wurden trotz Bevölkerungswachstum die Investitionen bei weitem nicht ausgeschöpft, dafür konnten alle Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Zusätzlich wurde die Nettoschuld verringert. Nach wie vor fordern die Grünen eine befristete Erhöhung des Steuerfusses zur Deckung der anstehenden Wachstumskosten.

Zürich wächst weiter, die Bevölkerung nimmt zu. Die wachsende Bevölkerung führt zu einem immer höheren Investitionsbedarf: In den nächsten Jahren stehen nicht nur die vom Stimmvolk bewilligte Sanierung des Kongresshauses an. Weitere Bauten sind nötig: In der aktuellen Schulraumplanung sind beispielsweise neun neue Schulhäuser und 14 Erweiterungsbauten vorgesehen! Auch Investitionen in neue Alters- und

Pflegezentren werden immer dringender, um langfristig genügend Raum für ältere und pflegebedürftige Menschen sicherzustellen.

Auf der Einnahmenseite liegen die Steuern weiterhin auf rekordhohem Niveau. Diese Einnahmen sind aber gefährdet. Mit der Unternehmenssteuerreform III werden die Steuern der juristischen Personen stark zurückgehen, eine Kompensation des Bundes ist nur für die Kantone, aber nicht für Städte vorgesehen. Diese und weitere Steuererleichterungen sind aus unserer Sicht unverantwortlich, Gewerbe und Dienstleister konnten in den letzten Jahren schon von verschiedenen anderen Steuererleichterungen profitieren – so von der Abschaffung der Handänderungssteuer, vom Ausgleich der kalten Progression oder der Halbierung der Kapitalgewinnsteuer.

Das kürzlich vorgestellte Entlastungsprogramm des Kantons wird für die Stadt zu deutlich höheren Ausgaben sowie zu weniger Einnahmen führen. Es ist keine Lösung der Finanzprobleme des bürgerlich regierten Kantons, wenn Aufgaben einfach auf die Gemeinden und insbesondere auf die Städte abgeschoben werden.

Die Grünen werden der Rechnung 2015 nicht gesamthaft zustimmen. Auf Grund der Kreditüberschreitung und Falschverbuchung von mehr als 4 Mio. Franken beim Bau des Logistikzentrums Hagenholz werden wir die Rechnung von Entsorgung und Recycling nicht genehmigen. Wir erwarten vom Stadtrat wie auch von der GPK eine gründliche Untersuchung der Vorfälle, und nach Vorliegen der Berichte müssen entsprechende Konsequenzen daraus gezogen werden.

In den kommenden Jahren liegt die Herausforderung in der Finanzierung der anstehenden Investitionen. Dazu sind offensichtlich zusätzliche Einnahmequellen nötig. Die vom Kanton vorgeschlagene mögliche Mehrwertabgabe von 20% bei Einzonungen und 15 % bei Um- oder Aufzonungen deckt diese Kosten niemals. In Basel wird eine Abgabe von 50 % angewandt, was für uns eine realistische Grösse wäre. So lange der Kanton der Stadt diese Möglichkeit nicht gewährt, fordern wir nach wie vor eine befristete Steuererhöhung, um die Kosten für das Wachstum finanzieren zu können.

Wir Grüne werden uns auch in Zukunft für gesunde Finanzen und eine leistungsfähige Infrastruktur einsetzen, so dass Zürich weiterhin eine attraktive Stadt sowohl zum Wohnen als auch zum Arbeiten bleiben wird.

1983. 2016/202

Erklärung der GLP-Fraktion vom 08.06.2016: Rechnung 2015

Namens der GLP-Fraktion verliest Shaibal Roy (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Ein positiver Rechnungsabschluss macht noch keinen Sommer

Der Stadtrat konnte vor einigen Wochen einen positiven Rechnungsabschluss präsentieren und einen Überschuss von 10 Millionen ausweisen, was im Grunde durchaus erfreulich ist. Es zeigt auf, dass die von den Grünliberalen mitinitiierten und mitgetragenen kontinuierlichen Bestrebungen, die Stadt auf gesunde langfristige Finanzgrundlagen zu stellen, erste kleinere Früchte tragen.

Jedoch ist dieses positive Resultat erneut weniger auf die aktive Kostendisziplin des Stadtrats zurückzuführen als vielmehr auf passive positive Rechnungsbeiträge - wie die zweitletzte Tranche der Auflösung der Schwankungsreserve der Flughafenbeteiligung. An diesem Beispiel können die mittelfristigen Unsicherheitsfaktoren gut aufgezeigt werden: In diesem Jahr wird es nicht nur die letzte Tranche geben und inskünftig ein Beitrag von rund CHF 50 Mio. entfallen, sondern ab 2017 somit auch die Kursschwankungen der Beteiligung einen direkten Einfluss auf die Rechnung der Stadt haben.

Gerade angesichts der steigenden Steuereinnahmen sowohl bei natürlichen wie juristischen Personen müsste aus Sicht der Grünliberalen ein deutlich positiverer Rechnungsabschluss möglich sein.

Positiv hervorzuheben sind insbesondere auch der nach über 8 Jahren wieder über 100% liegende Selbstfinanzierungsgrad und die Reduktion der Nettoverschuldung. Doch diese vermeintlich süsse Frucht ist nur mit Vorsicht zu geniessen, da diese Kennzahl auch durch die im Vorjahresvergleich um über 7% reduzierte Investitionstätigkeit und somit auch geringeren Abschreibungen positiv beeinflusst wird. Notabene gingen die Investitionsausgaben im Vorjahr bereits um über 23% zurück. Aufgeschobene oder nicht realisierte Investitionen sieht die glp in einer wachsenden Stadt als mittelfristig problematisch an.

Es handelt sich also in der Summe nur um ein kleines Etappenziel auf dem Weg zu gesunden Stadtfinanzen. Denn es gibt immer noch sehr viel zu tun, um das strukturelle Defizit zu beseitigen und um inskünftig auch ohne ausserordentliche Mehrerträge und nicht ausgeschöpfter Kredite positive Rechnungsabschlüsse im Aufgaben- und Finanzplan zu etablieren. Aus Sicht der Grünliberalen ist der Rechnungsabschluss daher noch zu wenig von einer konsequenten Aufgaben- und Ausgabenüberprüfung sowie umfassender Kostendisziplin durch den Stadtrat geprägt. Der Stadtrat muss hier endlich noch kräftiger in die Pedalen treten.

Unter der ungewissen allgemeinen Konjunktorentwicklung mit ihren wesentlichen Einflussfaktoren wie Frankenstärke, Unternehmenssteuerreform III sowie Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gilt es den

damit einhergehenden negativen Auswirkungen aktiv entgegenzutreten. Vor diesem Hintergrund erscheint die Entwicklung steigender Steuereinnahmen alles andere als gesichert.

Die Grünliberalen werden zwar weiterhin aktiv die Wachstumsbestrebungen der Stadt und auch konsequent die dafür nötigen Infrastrukturinvestitionen unterstützen. Sie werden jedoch auch Aufgabenüberprüfungen sowie gezielte Kostendisziplin - wo sinnvoll und machbar - einfordern, um langfristig positive Rechnungsabschlüsse sicherzustellen und das Eigenkapital der Stadt zu schützen.

1984. 2016/203

Erklärung der AL-Fraktion vom 08.06.2016: Rechnung 2015

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Hinter dem Zwischenhoch warten die Herausforderungen

Ein Mix von Faktoren hat dazu beigetragen, dass die Verwaltung trotz des budgetierten Defizits von 143,5 Millionen Franken einen positiven Rechnungsabschluss vorlegen konnte. Sondereffekte wie die nicht budgetierte Teilauflösung der Schwankungsreserve der Flughafen AG (63.9 Mio) und die höhere Dividende von Energie 360 Grad (7.7 Mio) trugen genauso zum besseren Rechnungsergebnis bei wie die nicht realisierten Investitionen im Hoch- und Tiefbau (18 Mio tiefere Abschreibungen), die überraschenderweise deutlich unter Budget abschliessenden Sozialausgaben (20,4 Mio) und die höhere Ausgabendisziplin der Verwaltung.

Das laufende Jahr scheint finanzpolitisch noch einmal unter einem guten Stern zu stehen. Das budgetierte Plus von 8,2 Mio dürfte in ein deutlich positives Rechnungsergebnis münden. Das Eigenkapital wird zusätzlich durch die anstehende Aufwertung der Fiskalliegenschaften gestärkt.

Hinter dem Zwischenhoch der Jahre 2015 und 2016 warten jedoch grosse Herausforderungen. Im September 2015 wies der Stadtrat im Finanzplan für die Jahre 2017 bis 2019 Defizite von rund 200 Millionen Franken aus. In diesen Zahlen waren die wegen der steigenden Finanzkraft der Stadt Zürich sinkenden Erträge aus dem Ressourcenausgleich einkalkuliert. Nicht einkalkuliert waren hingegen das die Gemeinden belastende Sparprogramm des Kantons und die möglicherweise dramatischen Einbussen, die die Unternehmenssteuerreform III der Stadt mittelfristig bescheren wird.

Nicht voll einkalkuliert sind auch die höheren Ausgaben für die Infrastruktur einer noch stärker wachsenden Stadt. Die eben publizierte Aktualisierung der Schulraumplanung macht dies deutlich. Bis 2023 werden wir jährlich Schulraum für 800 zusätzliche Schülerinnen und Schüler bereitstellen müssen – das entspricht zwei Schulhäusern pro Jahr.

Die wichtigsten Qualitäten der Stadt sind die gute Infrastruktur, Bildung und Betreuung, ein leistungsfähiges Gesundheitswesen und das starke Engagement für die Integration. Wer diese Qualitäten erhalten will, wird nicht darum herumkommen, Prioritäten zu setzen. Gefordert ist dabei auch der Gemeinderat. Er sollte den Mut haben, bei weniger dringenden Geschäften des Stadtrats auch einmal Nein zu sagen.

1985. 2016/204

Erklärung der CVP-Fraktion vom 08.06.2016: Rechnung 2015

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Fraktionserklärung zur Rechnung 2015 -Es darf nicht zurückgelehnt werden

Die CVP-Fraktion nimmt die vom Stadtrat vorgelegte, überraschend positiv ausgefallene Rechnung 2015 mit Befriedigung zur Kenntnis. Der Überschuss von knapp CHF 10 Mio. führt dazu, dass das Eigenkapital auch wieder leicht angestiegen ist. Die Exekutive hat damit zwar ein weiteres Mal ein Resultat präsentiert, dass besser als budgetiert ist - aber der Handlungsbedarf bleibt weiterhin bestehen.

Wir anerkennen, dass der eine oder andere Spargedanke beim Stadtrat angekommen ist. Zwar steigt der Personalaufwand gegenüber der Rechnung 2014 nochmals an, doch liegt dieser Anstieg deutlich unter dem Budget. Dabei ist ersichtlich, dass die Departemente und Dienstabteilungen in sehr unterschiedlichem Ausmass zu diesen Verbesserungen beigetragen haben. Die CVP-Fraktion erinnert den Stadtrat daran, dass er weiterhin gut daran tut, jede Stellenschaffung genau zu hinterfragen.

Deutlich bemerken wir aber auch, dass das gute Ergebnis vor allem dank Sondereffekten wie der Bewertung der Aktien der Flughafen AG, der guten Ergebnisse der Gemeindebetriebe sowie durch Projektverzögerungen oder Projektverschiebungen zustande gekommen ist.

Die CVP-Fraktion teilt die Kritik der RPK am Umgang von ERZ mit der Abrechnung und Verbuchung der Ausgaben im Zusammenhang mit dem Bau des Logistikzentrums Hagenholz. Es geht nicht an, dass Ausgaben bei einer drohenden Budgetüberschreitung auf anderen Konten versteckt werden und es auch versäumt wurde, diese Tatsachen in der Rechnung 2015 entsprechend explizit zu erwähnen.

Befriedigt nimmt die CVP-Fraktion zur Kenntnis, dass die Investitionen zwar markant unter Budget liegen, der Eigenfinanzierungsgrad dafür deutlich auf über 100% angestiegen ist und damit die Verschuldung letztes Jahr abgenommen hat.

Die Fraktion der CVP wird den Stadtrat daher in seinen Bemühungen um Verbesserungen weiter unterstützen, auch zukünftig einen ausgeglichenen Haushalt der Stadt Zürich präsentieren zu können. Die Herausforderung, die städtischen Finanzen mittel- und langfristig im Lot zu halten, wird nicht kleiner. Wir verweisen auf die dank der Attraktivität der Stadt Zürich weiterhin steigende Einwohnerzahl unserer Stadt, welche weitere Ausgaben in die Infrastruktur nach sich zieht wie auch auf angekündigte Steuerreformen von Bund und Kanton, welche der Stadt Zürich reduzierte Steuereinnahmen bescheren werden.

1978. 2016/68

Weisung vom 09.03.2016:

Finanzverwaltung, Rechnung 2015, Genehmigung

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die Rechnung 2015 der Stadt Zürich wird genehmigt, mit Ausnahme der Rechnung von Entsorgung + Recycling.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die Rechnung 2015 der Stadt Zürich wird nicht genehmigt.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) |
| Minderheit: | Roger Liebi (SVP), Referent |
| Abwesend: | Martin Bürlimann (SVP) |

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

| | |
|-------------------|-------------------|
| Antrag Stadtrat | 0 Stimmen |
| Antrag Mehrheit | 100 Stimmen |
| Antrag Minderheit | <u>21 Stimmen</u> |
| Total | 121 Stimmen |
| = absolutes Mehr | 61 Stimmen |

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
 Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Streichung der Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die Rechnung 2015 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 496 839.91 wird nicht genehmigt.

Mehrheit: Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
 Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
 Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Enthaltung: Roger Liebi (SVP)
 Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 99 gegen 0 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Die Rechnung 2015 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird nicht abgenommen.

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
 Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
 Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 20 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Ausstand: Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 7:

7. Die Rechnung 2015 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
 Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
 Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt die folgende neue Dispositivziffer 8:

8. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2014/404, von Andreas Kirstein (AL) vom 10. Dezember 2014 betreffend Globalbudget Alterszentren, Einführung neuer Steuerungsvorgaben zu den Kostendeckungsgraden, wird als erledigt abgeschrieben.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
 Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die neue Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur neuen Dispositivziffer 8.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der neuen Dispositivziffer 8.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
 Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent
 Abwesend: Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Rechnung 2015 der Stadt Zürich wird genehmigt, mit Ausnahme der Rechnung von Entsorgung + Recycling.
2. Die Rechnung 2015 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 496 839.91 wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2015 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2015 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2015 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2015 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.

7. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2014/404, von Andreas Kirstein (AL) vom 10. Dezember 2014 betreffend Globalbudget Alterszentren, Einführung neuer Steuervorgaben zu den Kostendeckungsgraden, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. Juni 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1986. 2016/59

Weisung vom 02.03.2016:

Sozialdepartement, nachträgliche Kenntnisnahme des Globalbudgets 2016 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ)

Das Globalbudget 2016 der Asyl-Organisation Zürich mit zwei Produktgruppen wird gemäss Beilage (Nachträgliche Kenntnisnahme des Globalbudgets 2016 der Asyl-Organisation Zürich [AOZ], genehmigt vom Verwaltungsrat am 14. Dezember 2015) zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Felix Moser (Grüne)

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Das Globalbudget 2016 der Asyl-Organisation Zürich mit zwei Produktgruppen wird gemäss Beilage (Nachträgliche Kenntnisnahme des Globalbudgets 2016 der Asyl-Organisation Zürich [AOZ], genehmigt vom Verwaltungsrat am 14. Dezember 2015) ablehnend zur Kenntnis genommen.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) |
| Minderheit: | Roger Liebi (SVP), Referent |
| Abwesend: | Martin Bürlimann (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) |
| Minderheit: | Roger Liebi (SVP), Referent |
| Abwesend: | Martin Bürlimann (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Das Globalbudget 2016 der Asyl-Organisation Zürich mit zwei Produktgruppen wird gemäss Beilage (Nachträgliche Kenntnisnahme des Globalbudgets 2016 der Asyl-Organisation Zürich [AOZ], genehmigt vom Verwaltungsrat am 14. Dezember 2015) zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. Juni 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1987. 2015/393

Weisung vom 09.12.2015:

Immobilien Stadt Zürich, Miete und Ausbau des 3. Obergeschosses des Geschäftshauses Räfelstrasse 12, Quartier Binz, für das Schulungszentrum Gesundheit SGZ, Objektkredit und Genehmigung des Mietvertrags

Ausstand: Christian Traber (CVP)

Antrag des Stadtrats

1. Die Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der Swiss Life AG, vertreten durch Livit AG, Altstetterstrasse 124, 8048 Zürich, einen Mietvertrag zur Einrichtung des Schulungszentrums Gesundheit SGZ in der Liegenschaft Räfelstrasse 12, 8045 Zürich-Binz, zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 435 356.– (jederzeit mit einer Frist von einem Monat zu 100 Prozent den Veränderungen des schweizerischen Landesindexes der Konsumentenpreise anpassbar) für 1839 m² Rohbaufläche im 3. Obergeschoss, 110 m² Lagerfläche im Untergeschoss sowie einen Aussenparkplatz, zuzüglich Nebenkostenkonto von Fr. 64 368.– pro Jahr, abzuschliessen. Der Mietbeginn erfolgt am 1. April 2016, der Nettomietzins ist ab dem 1. Oktober 2016 geschuldet. Der Mietvertrag wird befristet bis 31. März 2026 abgeschlossen, mit einem einseitigen Kündigungsrecht der Stadt Zürich auf den 31. März 2021 und einem unechten Optionsrecht für eine Verlängerung der festen Vertragsdauer um fünf Jahre, d. h. bis 31. März 2031.
2. Die Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, bei nachgewiesenem Bedarf die unechte Option (1. April 2026 bis 31. März 2031) auszuüben, sofern der neue Mietzins die dannzumal gültige Nettojahresmiete um nicht mehr als 15 Prozent übersteigt.
3. Für den Ausbau der Räume im 3. Obergeschoss des Bürogebäudes Räfelstrasse 12, 8045 Zürich, für das Schulungszentrum Gesundheit SGZ wird ein Objektkredit von Fr. 3 850 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2015) und der Bauausführung.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Vizepräsidentin Elisabeth Schoch (FDP)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Rückweisungsanträge 1–2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung der nachfolgenden Rückweisungsanträge.

Die Minderheit 1 der SK GUD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

- a. Das Schulungsangebot des Schulungszentrums Gesundheit ist zu überprüfen.
- b. Basierend auf diesem überprüften Angebot soll der neu zu berechnende Bedarf an Flächen und Ausstattungen festgelegt werden.
- c. Die Bereitstellung des neu berechneten Flächenbedarfs soll wenn immer möglich in einer stadteigenen Liegenschaft erfolgen, eine entsprechende Suche soll erneut gestartet werden.
- d. Die Miet- und Nebenkosten sollen keine Mehrkosten gegenüber dem heutigen Finanzaufwand der Pflegezentren Stadt Zürich (PZZ) generieren.
- e. Insbesondere soll auch die Möglichkeit der Nutzung bereits bestehender Schulungsräume oder dafür bereitstellbarer weiterer Räume in stadteigenen Liegenschaften geprüft werden.

Die Minderheit 2 der SK GUD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

1. Der Stadtrat soll mit der Vermieterin der Liegenschaft Räfelstrasse 12 neue Verhandlungen aufnehmen und einen günstigeren Mietzins aushandeln.
2. Für den Ausbau der Räume an der Räfelstrasse 12 für das Schulungszentrum Gesundheit SGZ ist seitens der Verwaltung ein Objektkredit von höchstens Fr. 3 465 000.– zu beantragen.

Mehrheit: Marcel Bührig (Grüne), Referent; Muammer Kurtulmus (Grüne), Joe A. Manser (SP), Marcel Savarioud (SP), Marion Schmid (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Minderheit 1: Vizepräsidentin Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Präsident Rolf Müller (SVP), Raphael Kobler (FDP), Guy Krayenbühl (GLP)

Minderheit 2: Eduard Guggenheim (AL), Referent

Abwesend: Thomas Osbahr (SVP)

Vakant: 1 Sitz (SVP)

Elisabeth Schoch (FDP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 52 gegen 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Damit ist beschlossen:

1. Der Stadtrat soll mit der Vermieterin der Liegenschaft Räfelstrasse 12 neue Verhandlungen aufnehmen und einen günstigeren Mietzins aushandeln.
2. Für den Ausbau der Räume an der Räfelstrasse 12 für das Schulungszentrum Gesundheit SGZ ist seitens der Verwaltung ein Objektkredit von höchstens Fr. 3 465 000.– zu beantragen.

Mitteilung an den Stadtrat

1988. 2016/75**Weisung vom 16.03.2016:****Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaft Emil-Klöti-Strasse 14–18, Umnutzung und Ausbauten für die Suchtbehandlung Frankental, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

Für die Ausbauten der Liegenschaft Emil-Klöti-Strasse 14–18, 8037 Zürich, für die Suchtbehandlung Frankental wird ein Objektkredit von Fr. 5 400 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (1. April 2015) und der Bauausführung.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Marion Schmid (SP)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Marion Schmid (SP), Referentin; Präsident Rolf Müller (SVP), Vizepräsidentin Elisabeth Schoch (FDP), Marcel Bührig (Grüne), Raphael Kobler (FDP), Guy Krayenbühl (GLP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Joe A. Manser (SP), Marcel Savarioud (SP), Barbara Wiesmann (SP)
 Enthaltung: Eduard Guggenheim (AL)
 Abwesend: Thomas Osbahr (SVP)
 Vakant: 1 Sitz (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Ausbauten der Liegenschaft Emil-Klöti-Strasse 14–18, 8037 Zürich, für die Suchtbehandlung Frankental wird ein Objektkredit von Fr. 5 400 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (1. April 2015) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. Juni 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 14. Juli 2016)

1989. 2016/23**Weisung vom 20.01.2016:****Kultur, Association «Quartz» Genève Zürich (Schweizer Filmpreis und «Woche der Nominierten»), Beiträge 2017–2020**

Antrag des Stadtrats

Für den Verein Association «Quartz» Genève Zürich wird zwecks Ausrichtung eines Beitrags an den Schweizer Filmpreis (Anteil der Stadt Zürich Fr. 125 000.–) und zur Durchführung der «Woche der Nominierten» (Anteil der Stadt Zürich Fr. 45 000.–) ein wiederkehrender Beitrag von Fr. 170 000.– für die Jahre 2017–2020 pro Jahr bewilligt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Rosa Maino (AL)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Rosa Maino (AL), Referentin; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Christina Hug (Grüne), Hans Urs von Matt (SP) |
| Minderheit: | Dr. Daniel Regli (SVP), Referent, Dr. Thomas Monn (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für den Verein Association «Quartz» Genève Zürich wird zwecks Ausrichtung eines Beitrags an den Schweizer Filmpreis (Anteil der Stadt Zürich Fr. 125 000.–) und zur Durchführung der «Woche der Nominierten» (Anteil der Stadt Zürich Fr. 45 000.–) ein wiederkehrender Beitrag von Fr. 170 000.– für die Jahre 2017–2020 pro Jahr bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. Juni 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 14. Juli 2016)

1990. 2016/33**Weisung vom 27.01.2016:****Präsidialdepartement, einmaliger zusätzlicher Beitrag an den Verein Zürcher Volksfeste für das Züri Fäscht 2016**

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Antrag des Stadtrats

Für das Züri Fäscht 2016 wird zusätzlich zum mit GRB Nr. 5197 vom 2. Dezember 2009 (GR Nr. 2009/136) bewilligten Beitrag ein einmaliger Beitrag von Fr. 300 000.– an den

Verein Zürcher Volksfeste bewilligt. Sollte der Kanton Zürich zugunsten des Vereins Zürcher Volksfeste keinen Beitrag aus dem Lotteriefonds leisten, entfällt auch eine allenfalls bereits bewilligte Beitragsleistung der Stadt Zürich. Leistet der Kanton Zürich einen geringeren Beitrag als Fr. 800 000.–, wird auch die Auszahlung der Stadt Zürich entsprechend gekürzt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Christina Hug (Grüne), Hans Urs von Matt (SP) |
| Minderheit: | Rosa Maino (AL), Referentin |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Züri Fäscht 2016 wird zusätzlich zum mit GRB Nr. 5197 vom 2. Dezember 2009 (GR Nr. 2009/136) bewilligten Beitrag ein einmaliger Beitrag von Fr. 300 000.– an den Verein Zürcher Volksfeste bewilligt. Sollte der Kanton Zürich zugunsten des Vereins Zürcher Volksfeste keinen Beitrag aus dem Lotteriefonds leisten, entfällt auch eine allenfalls bereits bewilligte Beitragsleistung der Stadt Zürich. Leistet der Kanton Zürich einen geringeren Beitrag als Fr. 800 000.–, wird auch die Auszahlung der Stadt Zürich entsprechend gekürzt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. Juni 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 14. Juli 2016)

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1991. 2016/205

Motion von Dr. Urs Egger (FDP), Anjushka Früh (SP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 08.06.2016:

Sportanlage Looren in Witikon, Bau einer Dreifachturnhalle mit Zuschauerinfrastruktur auf dem Sportplatzareal

Von Dr. Urs Egger (FDP), Anjushka Früh (SP) und 8 Mitunterzeichnenden ist am 8. Juni 2016 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Neugestaltung der Rasensportanlage Witikon mit dem Bau einer den internationalen Spielfeldgrössennormen entsprechenden Dreifachturnhalle mit Zuschauerinfrastruktur in Kombination mit dem Garderobengebäude für die Rasensportanlage zu verbinden.

Begründung:

Im Stadtquartier Witikon gibt es eine Vielzahl von Sportvereinen, welche Turnhallen benötigen. Die bestehenden Kapazitäten sind völlig ausgelastet, so dass diverse Vereine bisher ausserhalb der Stadt Zürich Hallenkapazitäten zumieten mussten. Da diese Gemeinden ebenfalls wachsen, fallen diese Ausweichmöglichkeiten zunehmend weg. Es ist ebenfalls von einem Wachstum der Schülerzahlen in Witikon auszugehen, was zusätzliche Kapazitäten für den Schulsportbetrieb notwendig macht. Wenn man den Blick über die Quartiergrenze hinaus öffnet, stellt man fest, dass auch in den angrenzenden Kreisen 1 und 8 keine Dreifachturnhalle zur Verfügung steht.

Das Garderobengebäude der Sportanlage Looren muss dringend saniert werden. Es ist eine Umplatzierung des Gebäudes auf dem Gelände der Anlage vorgesehen. In diesem Planungsprozess liesse sich der Bau einer Dreifachturnhalle auf dem Sportplatzareal elegant integrieren. Die Garderobekapazitäten könnten für Halle und Aussenanlagen genutzt werden. Es braucht keine neue Fläche für den Sport und der geplante finanzielle Aufwand für die Sanierung würde die Gesamtkosten der Hallenerstellung entsprechend reduzieren.

Zudem ist auch von einem Wachstum der Schülerzahlen in Witikon auszugehen. Unterschiedliche Berechnungen gehen von 28 bis 31 Klassen in den Jahren 2025/2026 bis hin zu deren 33 ab 2030 aus. Bei mehr als 30 Klassen reichen die bestehenden Turnhallen auch für den Turnunterricht nicht mehr aus.

Die Erstellung einer Dreifachturnhalle bietet auch den angrenzenden Quartieren des Schulkreises Zürichberg neue Nutzungsmöglichkeiten. Da durch den vorgesehenen Tagesschulbetrieb Kapazitäten für die Verpflegung der Schüler/innen geschaffen werden müssen, könnte die neue Halle innovative Nutzungsmöglichkeiten bieten.

Mitteilung an den Stadtrat

1992. 2016/206

Postulat von Patrick Hadi Huber (SP) und Marco Denoth (SP) vom 08.06.2016: Projekte von Baugenossenschaften, Integration von subventioniertem Wohnungsbau bei Bauprojekten mit einer Mehrausnützung

Von Patrick Hadi Huber (SP) und Marco Denoth (SP) ist am 8. Juni 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert bei Bauprojekten von Baugenossenschaften, bei denen eine Mehrausnützung über die rechtsgültige BZO mittels öffentlichen bzw. privaten Gestaltungsplänen oder Aufzonierungen zur Diskussion steht, vor der Planaufgabe das Gespräch mit der Genossenschaft mit dem Ziel zu suchen, subventionierten Wohnungsbau in das jeweilige Projekt zu integrieren. Im Rahmen der entsprechenden Weisung an den Gemeinderat ist sodann Bericht zu erstatten, mit wem diesbezüglich Verhandlungen geführt wurden.

Begründung:

Generell soll im Rahmen von Planungen zu genossenschaftlichen Wohnbauprojekten, in denen eine Mehrausnützung angedacht ist, immer subventionierter Wohnraum gegen eine Mehrausnützung eingefordert werden. Die Gespräche hierzu sind entsprechend zusammengefasst in die jeweilige Weisung zu integrieren, wobei auch aufzuführen ist, mit wem, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Resultat diese geführt wurden.

Mitteilung an den Stadtrat

1993. 2016/207

Postulat von Marco Denoth (SP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 08.06.2016:

Baubewilligungsverfahren im Perimeter des Gestaltungsplans Ueberlandpark, Integration von subventioniertem Wohnungsbau

Von Marco Denoth (SP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) ist am 8. Juni 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert im Baubewilligungsverfahren der Bauprojekte im Perimeter des Gestaltungsplan Ueberlandpark mit den genossenschaftlichen Grundeigentümerschaften in Verhandlungen zu treten um subventionierten Wohnungsbau in die jeweiligen Bauprojekte zu integrieren. Der Stadtrat soll der SK HBD/SE nach Abschluss der Verhandlungen über deren Ausgang Bericht erstatten.

Begründung:

Im Rahmen der Weisung zum Gestaltungsplan Überlandpark konnten keine Zusicherungen für das Erstellen von subventionierten Wohnungen ausgehandelt bzw. keine Anreize zum Bau solcher Wohnungen geschaffen werden. Diese Verhandlungen sind entsprechend nach Inkrafttreten noch zu führen. Generell soll im Rahmen von Planungen zu Wohnbauprojekten, in denen eine Mehrausnutzung angedacht ist, immer subventionierter Wohnraum gegen eine Mehrausnutzung eingefordert werden. Die Gespräche hierzu sind entsprechend zusammengefasst in die jeweilige Weisung zu integrieren, wobei auch aufzuführen ist, mit wem, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Resultat diese geführt wurden.

Mitteilung an den Stadtrat

1994. 2016/208

Postulat von Markus Merki (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 08.06.2016: Ersatzneubau der Schulanlage Schauenberg, Verzicht auf eine zweite Kunstinstallation zu Gunsten von Investitionen in die Flächen für die Freizeit- und Sportbenutzung

Von Markus Merki (GLP) und Isabel Garcia (GLP) ist am 8. Juni 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie beim Ersatzneubau der Schulanlage Schauenberg auf eine zweite zusätzliche Kunstinstallation verzichtet und die daraus freiwerdenden Mittel in die Flächen für die Freizeit- und Sportbenutzung investiert werden können.

Begründung:

Der heutige, dem Abbruch geweihte Bau der Schulanlage Schauenberg besitzt ein künstlerische Installation die, abgebaut, restauriert und im Neubau wieder integriert wird. Diese künstlerische Installation von Trudi Demut ist unbestritten und soll auch zukünftig ihren festen Platz erhalten. Somit wird der Neubau bereits über eine künstlerische Installation verfügen. Daher ist dem Grundsatz Kunst und Bau bereits Rechnung getragen und es bedingt keine weitere künstlerische Installation.

Verfügbare Sportflächen zur Benützung für Kinder und Jugendliche, die in keiner Vereinsstruktur eingebunden sind, sind nicht zu üppig vorhanden. Daher böte sich beim Ersatzneubau der Schulanlage Schauenberg eine willkommene Gelegenheit, mit den freiwerdenden Mitteln, die geplanten Freizeitflächen, Allwetterplatz und Rasenspielfeld, mit einer Beleuchtungsanlage auszurüsten, damit diese von den Kindern und Jugendlichen auch während den kälteren Jahreszeiten in den Abendstunden benützt werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die drei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1995. 2016/209**Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Roberto Bertozzi (SVP) vom 08.06.2016:****Angaben zur Wohnsituation der Asylbewerbenden in der Stadt sowie zur Bemessung der Beiträge an die Logiskosten**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Roberto Bertozzi (SVP) ist am 8. Juni 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Erneut kommt ans Licht, dass Asylbewerber massiv überbelegte Unterkünfte belegen. Der Tages-Anzeiger deckt im aktuellen Fall auf, dass eine Chinesin ihre 168-Quadratmeter-Wohnung an elf Eritreern untervermietet. Die monatlichen Mietkosten belaufen sich auf knapp 10'000 Franken. Bezahlt wird dies von der Stadt Zürich und somit von den Steuerzahlenden. Dieser Vorfall zeigt erneut, wie die zuständige Sozialbehörde AOZ mit öffentlichen Geldern umgeht.

Bereits mit der Schriftlichen Anfrage GR NR 2015/188 wurde auf den Missstand hingewiesen, dass «Flüchtlinge» vom Kanton in die Stadt Zürich ziehen und hier unter Aufsicht der AOZ überbelegte Wohnungen belegen. Durch den anhaltenden Ansturm auf die Schweiz hat sich die Situation im Asylwesen weiter zuspitzt.

Die Masseneinwanderung verursacht, dass in der Stadt Zürich keine günstigen Wohnungen mehr auf dem Markt zu finden sind. Dennoch stellt sich die Frage, warum die Verwaltung für Asylanten-Unterkünfte die in der «Richtlinie für die Bemessung der Logiskosten im Unterstützungsbudget» angegebenen Höchstbeträge nach SKOS bezahlt. Denn in diesem Beschluss werden auch tiefere Ansätze genannt, die sich auf die Asylfürsorgeverordnung (AfV) stützen. Mit den tieferen Beträgen könnten bis zu 55 Prozent der entsprechenden Mietkosten eingespart werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Asylbewerber leben in der Stadt Zürich in einem Untermietverhältnis?
2. Bezogen auf die Frage 1: In wie vielen Fällen werden die in der «Richtlinie für die Bemessung der Logiskosten im Unterstützungsbudget» angegebenen Höchstbeträge nach SKOS bezahlt?
3. Wie viele Asylbewerber leben in der Stadt Zürich in einer Wohnung? Wie hoch ist die Anzahl aller von Asylbewerbern belegten Wohnungen?
4. Personen, welche nach der Asylfürsorgeverordnung unterstützt werden, müssten in der Regel in einem Mehrpersonenhaushalt leben. Gibt es dennoch entsprechende Asylbewerber, die als Einzelperson eine ganze Wohnung beziehen? Falls ja, in wie vielen Fällen?
5. Gibt es Asylbewerber, die nach nach SKOS unterstützt werden und in der Stadt Zürich als Einzelperson eine ganze Wohnung beziehen? Falls ja, in wie vielen Fällen?
6. Beziehen mehrere Asylbewerber, die nicht miteinander verwandt sind, gemeinsam eine Wohnung, wird dann jede Person als ein «Einpersonenhaushalt» betrachtet, wodurch jedem einzelnen Migranten höhere Mietkosten vom Staat bezahlt werden können? Falls ja, warum wird das so gehandhabt?
7. In wessen Kompetenz liegt es zu entscheiden, ob die die in der «Richtlinie für die Bemessung der Logiskosten im Unterstützungsbudget» angegebenen Höchstbeträge nach SKOS oder Minimalbeträge nach AfV für Unterkünfte von Asylbewerbern bezahlt werden?
8. Könnte die Stadt Zürich respektive die AOZ bei jedem Fall selber entscheiden, ob lediglich der Minimalbetrag nach AfV für eine Unterkunft von einem Asylbewerber bezahlt wird? Hier wird lediglich nachgefragt, ob rechtlich diese Möglichkeit besteht und nicht, warum im Normalfall anders entschieden wird.
9. Bei wie vielen Personen, die sich aktuell in der Stadt Zürich im Asylverfahren befinden, werden die Höchstbeträge nach SKOS für die Unterkünfte bezahlt?
10. Bezogen auf die Frage 9: Wie hoch ist die zusammengefasste Gesamtsumme in Franken?
11. Bei wie vielen Personen, die sich aktuell in der Stadt Zürich im Asylverfahren befinden, werden die Minimalbeträge nach AfV für die Unterkünfte bezahlt?
12. Wie hoch wäre die Differenz in Franken, wenn bei allen Personen, die sich aktuell in der Stadt Zürich im Asylverfahren befinden, statt den Höchstbeträgen nach SKOS immer nur die Minimalbeträge nach AfV bezahlt würden?
13. Warum werden lediglich in Ausnahmefällen die Minimalbeträge nach AfV für Unterkünfte von Asylbewerbern bezahlt?
14. Warum zahlt die Stadt Zürich respektive die AOZ für eine Unterkunft von neun Quadratmeter den Höchst- und nicht den Minimalmietbetrag? Die Frage bezieht sich auf den einleitend erwähnten Artikel «Die Asyl-Geschäfte einer Masseurin», der am 3. Juni 2016 im Tages-Anzeiger veröffentlicht wurde.

15. In der der einleitend genannten Richtlinie heisst es: «Die für den Kanton Zürich verbindlichen Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und die kantonale Gesetzgebung lassen bezüglich der Bemessung der Logiskosten einen gewissen Ermessensspielraum offen.» Fragen: Ist dieser Ermessensspielraum so gross, dass lediglich die effektiven Mietkosten bezahlt werden könnten? Falls ja, warum wird der Ermessensspielraum nicht ausgenutzt?

Mitteilung an den Stadtrat

1996. 2016/210

Schriftliche Anfrage von Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 08.06.2016:

Einhaltung von Verkehrsregeln bei dringlichen Dienstfahrten, Grundsätze für Verzeigungen in und ausserhalb der Stadt und Angaben zu den Verzeigungen und Bussen in den letzten 5 Jahren

Von Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) ist am 8. Juni 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Strassenverkehrsgesetz (SVG) vom 19. Dezember 1958 (Stand 20. Mai 2015) im Art. 100 4.3 wird beschrieben, dass der Führer eines Feuerwehr-, Sanitäts-, Polizei- oder Zollfahrzeuges auf einer dringlichen Dienstfahrt wegen Missachtung der Verkehrsregeln und der besonderen Anordnungen für den Verkehr nicht strafbar ist, sofern er die erforderlichen Warnsignale gab und alle Sorgfalt beobachtete, die nach den besonderen Verhältnissen erforderlich war.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Grundsätze gelten in der Stadt Zürich für Verzeigungen von den im Einleitungstext erwähnten Korps während einer Dienstfahrt, wenn die gemäss Signalisation zulässige Geschwindigkeit überschritten wird?
2. Welche Regelungen gelten für die im Einleitungstext erwähnten Korps ausserhalb der Stadt Zürich?
3. Wir bitten um tabellarische Aufstellung mit Datum und Einsatz der verzeigten Führer eines der im Einleitungstext erwähnten Fahrzeuge, sortiert nach Dienstabteilung der Stadt Zürich und des Kantons Zürich in den letzten 5 Jahren.
4. Wir bitten um tabellarische Aufstellung mit Datum und Einsatz der gebüssten Führer eines der im Einleitungstext erwähnten Fahrzeuge, sortiert nach Dienstabteilung der Stadt Zürich und des Kantons Zürich in den letzten 5 Jahren.

Mitteilung an den Stadtrat

1997. 2016/211

Schriftliche Anfrage von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Markus Merki (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 08.06.2016:

Kulturförderung im Rahmen der Manifesta 11, arbeitsrechtliche Auflagen für unterstützte Veranstaltungen sowie Möglichkeiten zur gezielten Beteiligung der lokalen KMU und der Kultur- und Kreativwirtschaft

Von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Markus Merki (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 8. Juni 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Manifesta 11 hat die städtischen Mittel für die Kulturförderung mit 2 Mio. Franken belastet. Der Subventionsbetrag wurde im Wesentlichen damit begründet, dass die Kunstbiennale grosses Potenzial habe, Zürich als Kunst- und Kulturstandort in Europa noch bekannter zu machen. Kulturelle Veranstaltungen werden zusehends mit dem Argument der Standortförderung begründet. Dies auch deshalb, weil sich solche Veranstaltungen durch hohe Auswirkungen auf externe Effekte, wie Tourismus, internationales Ansehen und Wertschöpfung auszeichnen.

In einem anonym publizierten Artikel in Brand-New-Life (www.brand-new-life.org/de/artikel/what-people-do-for-money/) wird nun moniert, dass die von der Stadt Zürich mit Kulturfördermitteln unterstützte Manifesta 11 unter prekären Arbeitsverhältnissen durchgeführt werde. Nebst Tieflohn-Stellen sei u.a. auch vorgese-

hen, das reguläre Aufsichtspersonal in der Kunsthalle durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zu ersetzen. Dabei kritisiert die Autorin, dass ausgerechnet Kulturfördermittel unkritisch und letztlich zulasten lokaler Kulturschaffender eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Stadtrat Kenntnis über die beschriebenen Arbeitsverhältnisse und treffen die Beanstandungen betreffend Lohnverhältnis und Ersatz von Angestellten durch ehrenamtliche Helferinnen so zu? Falls ja, welche Massnahmen plant der Stadtrat zu ergreifen?
2. Welche arbeitsrechtlichen Auflagen muss eine von städtischen Kulturfördermitteln unterstützte Veranstaltung erfüllen und wie werden diese überprüft? Wie sehen die Konsequenzen bei Versäumnissen aus?
3. Wie wird bei kulturellen Grossanlässen sichergestellt, dass die erhoffte Wertschöpfung hinsichtlich Beteiligung lokaler KMU sowie Kultur- und Kreativwirtschaft erreicht werden kann?
4. Wie beurteilt der Stadtrat die Möglichkeit, kulturelle Grossanlässe nebst einem reduzierten Anteil Kulturfördermitteln mit anderen Quellen, wie z.B. Wirtschaftsförderung, Zürich Tourismus und/oder andere private Geldquellen, zu unterstützen?
5. Wie beurteilt der Stadtrat die Option, mit dem Einsatz anderer Subventionsquellen darauf hinzuwirken, dass einerseits die erwarteten externen Effekte gezielt gefördert werden, und andererseits die zur Verfügung stehenden Kulturfördermittel primär den Kunstschaffenden zugutekommen?
6. Welche kulturelle Anlässe mit breiter Ausstrahlung könnten aus Sicht des Stadtrats mit einem alternativen Finanzierungsmodell umgesetzt und bezüglich Breitenwirksamkeit und Wertschöpfung optimiert werden?

Mitteilung an den Stadtrat

1998. 2016/212

Schriftliche Anfrage von Isabel Garcia (GLP) und Shaibal Roy (GLP) vom 08.06.2016:

Warenimport im Rahmen des städtischen Beschaffungswesens, Anteil des Imports bei den Beschaffungen und finanzielle Auswirkungen des sogenannten Schweiz-Zuschlags sowie mögliche Handlungsspielräume für eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Von Isabel Garcia (GLP) und Shaibal Roy (GLP) ist am 8. Juni 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In den letzten Monaten wurde in der Öffentlichkeit und auf politischer Ebene die Frage des so genannten Schweiz-Zuschlags von ausländischen Lieferanten für in die Schweiz importierte Güter immer wieder intensiv und kontrovers diskutiert. Da die Stadt Zürich eine bedeutende Abnehmerin von Waren aller Art ist, bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Bedeutung und die finanziellen Auswirkungen des Schweiz-Zuschlags für das Beschaffungswesen der Stadt Zürich?
2. Wieviel Prozent der städtischen Beschaffungen werden importiert und aufgrund welcher qualitativen sowie finanziellen Kriterien?
3. Wie häufig findet bei Beschaffungen eine Überprüfung gegenüber der ursprünglichen Ausschreibung besonders in finanzieller Hinsicht statt und aufgrund welcher Kriterien?
4. Zu welchem Umrechnungskurs (insbesondere Euro) werden Importe bewertet und wie häufig wird dieser generell und allfällig auch nach erfolgter Beschaffung, z.B. anlässlich Wechselkurschwankungen angepasst?
5. Welche Bereiche der städtischen Beschaffungen sind besonders vom Schweiz-Zuschlag betroffen und auf welchen jährlichen Betrag schätzt der Stadtrat diesen Schweiz-Zuschlag im städtischen Beschaffungswesen?
6. Welche Massnahmen hat der Stadtrat bereits gegen den Schweiz-Zuschlag beim städtischen Beschaffungswesen ergriffen bzw. gedenkt er in nächster Zukunft zu ergreifen?

7. Wie schätzt der Stadtrat die aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Vermeidung dieses Schweiz-Zuschlags im städtischen Beschaffungswesen ein und über welche Handlungsspielräume verfügt der Stadtrat, diese zu beeinflussen bzw. wie beabsichtigt der Stadtrat, in dieser Thematik aktiv zu werden?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1999. 2016/126 SK TED/DIB, Wahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2016–2018

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 6. Juni 2016):

Martin Bürlimann (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

2000. 2016/67 Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 02.03.2016: Planung und Umsetzung des «Pilotprojekts Tagesschulen 2015–2018», Richtlinien für das Abmeldeverfahren der Kinder sowie Angaben zu den Einsparungen auf- grund der verzögerten Umsetzung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 421 vom 25. Mai 2016).

2001. 2015/306 Weisung vom 16.09.2015: Finanzdepartement, Instandsetzung und Umbau von Kongresshaus und Tonhalle (165 Millionen Franken), Beitrag an Tonhalle-Provisorium (höchstens 1,65 Millio- nen Franken) und Entschuldung der bestehenden Trägerschaft des Kongresshau- ses (72,8 Millionen Franken) mit Ausgaben von insgesamt 239,45 Millionen Fran- ken; Genehmigung einer Grundstücksübertragung; jährlicher Beitrag an die Kon- gresshaus-Stiftung von höchstens 2,9 Millionen Franken und Erhöhung des jäh- rlichen Beitrags an die Tonhalle-Gesellschaft um 2,5 Millionen Franken

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 5. Juni 2016 über folgende Vorlage entschieden:

Weisung 2015/306 vom 16.09.2015:

Finanzdepartement, Instandsetzung und Umbau von Kongresshaus und Tonhalle (165 Millionen Franken), Beitrag an Tonhalle-Provisorium (höchstens 1,65 Millionen Franken) und Entschuldung der bestehenden Trägerschaft des Kongresshauses (72,8 Millionen Franken) mit Ausgaben von insgesamt 239,45 Millionen Franken; Genehmigung einer Grundstücksübertragung; jährlicher Beitrag an die Kongresshaus-Stiftung von höchstens 2,9 Millionen Franken und Erhöhung des jährlichen Beitrags an die Tonhalle-Gesellschaft um 2,5 Millionen Franken

76 350 Ja 25 687 Nein

2002. 2015/94**Weisung vom 01.04.2015:
Finanzdepartement, Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Kongresshaus-
Stiftung Zürich, Abschreibung von Postulaten**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 5. Juni 2016 über folgende Vorlage entschieden:

Weisung 2015/94 vom 01.04.2015:
Finanzdepartement, Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Kongresshaus-Stiftung
Zürich, Abschreibung von Postulaten

75 587 Ja 23 847 Nein

2003. 2015/307**Weisung vom 16.09.2015:
Immobilien Stadt Zürich, Pflegezentrum Bombach, Quartier Höngg, Neubau
Haus B, Objektkredit**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 5. Juni 2016 über folgende Vorlage entschieden:

Weisung 2015/307 vom 16.09.2015:
Immobilien Stadt Zürich, Pflegezentrum Bombach, Quartier Höngg, Neubau Haus B,
Objektkredit

95 326 Ja 7546 Nein

2004. 2015/74**Weisung vom 18.03.2015:
Elektrizitätswerk, Ausstieg aus der Kernenergie, Ergänzung der Gemeinde-
ordnung**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 5. Juni 2016 über folgende Vorlage entschieden:

Weisung 2015/74 vom 18.03.2015:
Elektrizitätswerk, Ausstieg aus der Kernenergie, Ergänzung der Gemeindeordnung

72 560 Ja 30 494 Nein

2005. 2015/127**Weisung 2015/127 vom 07.05.2015 (inkl. Weisung zur Wiedererwägung vom
05.11.2015):
Energiebeauftragter, Gemeindebeschluss (GB) Rationelle Verwendung von Elekt-
rizität, Teilaufhebung; Gemeinderatsbeschluss (GRB) Verordnung Gemeinwirt-
schaftliche Leistungen im Rahmen der 2000-Watt-Ziele, Neuerlass; Stromspar-
fonds-Richtlinien und Energetische Bedingungen, Aufhebung**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 5. Juni 2016 über folgende Vorlagen entschieden:

Weisung 2015/127 vom 07.05.2015:

Energiebeauftragter, Gemeindebeschluss (GB) Rationelle Verwendung von Elektrizität, Teilaufhebung

80 257 Ja 15 082 Nein

Weisung 2015/127 vom 25.11.2015:

Energiebeauftragter, Gemeinderatsbeschluss (GRB) Verordnung Gemeinwirtschaftliche Leistungen im Rahmen der 2000-Watt-Ziele, Neuerlass, Wiedererwägung

70 031 Ja 24 662 Nein

Nächste Sitzung: 15. Juni 2016, 17 Uhr.